

Freiheit oder Technokratie

In einer freiheitlichen Demokratie sind staatliche Institutionen Dienstleister, nicht Überwacher. Technokratie dagegen fordert vom Bürger umfassende Rechenschaftspflicht und hebt Privatsphäre und Grundrechte aus. **MICHAEL VON LICHTENSTEIN**

Das Demokratie perfekt oder der Weisheit letzter Schluss sei, behauptet niemand. Eher würde gesagt, dass Demokratie die schlechteste aller Regierungsformen sei, abgesehen von denen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert würden. Und dennoch habe sie sich bislang als die beste Form für gemeinschaftliches Zusammenleben erwiesen, äusserte sich Winston Churchill in einer Rede vor dem britischen Unterhaus im November 1947, nachdem der Zweite Weltkrieg und der Schrecken der NS-Herrschaft zu Ende gegangen waren.

Die westliche Welt sieht Demokratie als Garantin für die Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes. Freiheit und Selbstbestimmung bilden zentrale Grundwerte und die Demokratie das geeignete Instrument, um sie leben und erhalten zu können. So wird Demokratie als Herrschaftsform anerkannt, ohne ihre Entwicklung zu hinterfragen. Ein Trugschluss. Denn Demokratie braucht Wachsamkeit und gelegentliche Korrektive, damit sie langfristig Bestand haben kann und ihre Errungenschaften sich verteidigen lassen. Churchill erkannte die Tücken und mahnte vor Blauäugigkeit.

Vor rund zweihundert Jahren analysierte Alexis de Tocqueville die amerikanische Demokratie, die Vorbild für die Entwicklung europäischer Demokratien war. Er lobte den Gedanken, allen Bürgern ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit zu ermöglichen, und das Ansinnen, dies über eine ausgewogene Gewaltenteilung sicherzustellen. De Tocqueville sah aber auch die Gefahren, die langfristig aus einer Demokratie resultieren können, und warnte davor: einem Streben nach Gleichheit, einer Diktatur der Mittelmässigkeit, einem lähmenden Wohlfahrtsstaat.

Schleichender Freiheitsverlust

Europa ist heute auf diesem Weg. Vom europäischen Wohlfahrtsystem, das sich wie die Made im Speck etabliert hat, bis hin zu einem unersättlichen Umverteilungstreben, das sich unter dem Deckmantel von «Gleichheit und Gerechtigkeit» tarnt. Kaum wahrnehmbar entfernen sich Europas Staaten von einem freiheitlichen Demokratiesystem und verrennen sich in eine demokratisch anmutende Technokratie mit Hang zur Mittelmässigkeit.

Eine sich schleichend entwickelnde autoritäre Technokratie ist genauso gefährlich wie die Systeme, die wir, die westliche Welt, anprangern. Es gibt autoritäre Systeme, etwa die Republik Singapur, die die Rechte und die Freiheiten des Einzelnen besser schützen als manch europäische «Demokraten», die bürgerliches Mit- und

Selbstbestimmungsrecht in kleinen Schritten durch staatliche Kontrolle und Bevormundung ersetzen. Das geschieht nicht allein durch die Europäische Union, sondern auch durch Verwaltungen und Regierungen der Nationalstaaten, die Brüssel und andere Institutionen – die keine demokratische Rechenschaftspflicht haben – als ihre Erfüllungsgehilfen einspannen.

Als Beispiel die Harmonisierung der europäischen Sozialsysteme: Sie suggeriert eine Illusion sozialer Sicherheit für Arbeitnehmer in Staaten wie Rumänien, Polen oder der Slowakei. De facto aber ruiniert sie ihre Existenzbasis, weil damit das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern gelähmt wird, mit entsprechendem Rückkopplungseffekt auf Länder wie Deutschland oder Frankreich. Auch die Vorratsdatenspeicherung ist ein Beispiel, wie die bürgerliche Selbstbestimmung schrittweise von Kontrolle und Bevormundung zersetzt wird. Die Politik argumentierte für Vorratsdatenspeicherung als Mechanismus zur Aufklärung von schweren Straftaten, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entlarvte sie jedoch als Instrument zur Kontrolle der Bürger und verwies darauf, dass sie der europäischen Menschenrechtskonvention widerspricht.

Ungehört dessen erheben und speichern europäische Nationalstaaten persönliche Daten. Die Europäische Zentralbank (EZB) wiederum zeigt, dass eine Institution, die gemäss Auftrag unabhängig von der Politik agieren müsste, mit ihrer Geldpolitik die staatliche Ausgabenpolitik befördert, zum Nachteil von Bürgern und Sparern. Relevante Akteure scheinen allzu oft zu vergessen, welche Auswirkungen ihr Geschäftsgebaren auf das Volk hat, in dessen Interesse sie eigentlich handeln sollten.

Europa muss sich verstärkt auf seine Vielfalt und seine Grundfreiheiten besinnen, die Subsidiarität stärken und den innereuropäischen Wettbewerb fördern, wenn es geeint und schlagkräftig werden will. Damit das westliche Demokratieverständnis langfristig wirken und überleben kann, braucht es heute mehr denn je eine Rückkehr zu Dezentralisierung, freier Marktwirtschaft, einem freien Unternehmertum, einem freien Wettbewerb und dem Subsidiaritätsprinzip sowie eine unbedingte Unabhängigkeit von Justiz und EZB von der Politik. Überregulierung, Bürokratisierung oder Harmonisierung sind schädlich, schalten regionale Selbstbestimmung, individuelle Freiheit und persönliche Eigenverantwortung aus. Es gibt viele Beispiele, wovon die Schweiz wohl das beste ist, die mit ihrem Föderalismus beweisen, dass Demokratie in kleineren Einheiten besser funktioniert und die Rechen-

schaftspflicht stärker vorhanden ist, wenn sich die Politik nah am Bürger bewegen muss.

Politische Akteure dürfen nicht aufgrund negativer Einzelfälle in Wirtschaft oder Gesellschaft in eine Haltung verfallen, die eine «alternativlose» Verbots-, Kontroll- und Regulierungskultur fördert. Damit werden negative Einzelfälle in der Zukunft nicht verhindert, vielmehr werden unbescholtene Bürger dafür in Geiselschaft genommen, und das demokratische Mitwirkungs- und Kontrollrecht wird geschwächt. Auch darf es nicht sein, dass Institutionen, die kaum demokratische Rechenschaftspflicht haben, wie etwa die EZB, über ihre Geschäftspolitik gegen die eigene Aufgabe handeln.

Das Ohr beim Volk

Eine freiheitliche Demokratie bedeutet, das Ohr beim Volk zu haben, sich nicht von lauten Minderheiten instrumentalisieren oder von Einzelfällen ins Bockshorn jagen zu lassen, den Staatsapparat schlank und beweglich zu halten und den Bürgern zuzutrauen, dass sie ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können und fähig sind, ihre Rechte und Pflichten auszuüben. Das bedingt, dass sich staatliche Institutionen und supranationale Organisationen als Dienstleister der Bürger verstehen und nicht als deren Überwacher. Technokratie verlangt vom Bürger eine allumfassende Rechenschaftspflicht gegenüber dem Staat und hebt Privatsphäre und Grundrechte aus.

Die eigene Rechenschaftspflicht gegenüber dem Bürger vergisst sie. Warum ein Staat als Monopolunternehmen nicht nur ein ineffizientes Unternehmen ist, sondern vielmehr eine Gefahr für die Menschheit darstellt, lässt sich im Buch «Der Staat im dritten Jahrtausend» von Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein nachlesen.

Die eigentliche Form einer Demokratie entspreche dem Grundgedanken, Bürger vor Übergriffen – insbesondere von staatlicher Seite – zu schützen, ihre Grundrechte zu garantieren sowie ein friedvolles Miteinander in Freiheit zu ermöglichen. Das europäische Demokratieverständnis steht an einem Scheideweg. Interessanterweise stellen die entscheidenden Vertreter sogenannter liberaler Demokratien ihr System als die beste Herrschaftsform dar, zeigen aber die grösste Mühe darin, über bürgerliche Freiheiten zu sprechen und sie zu fördern. Wenn sie über Bürger sprechen, dann mehrheitlich über deren Pflichten. Zu guter Letzt gilt es sich ins Bewusstsein zu rufen, dass Technokraten sich primär als Diener des Verwaltungssystems verstehen und weniger als Bürger, die sich dem Dienst gegenüber ihren freien Mitbürgern verschrieben haben.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Executive Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender von Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation.

Gold oder Silber?

Das Verhältnis von Gold- zu Silberpreis ist eine viel beachtete Entscheidungshilfe für Investoren in Edelmetalle. Es notiert derzeit bei rund 77. Das bedeutet: Der Anleger erhält für eine Unze Gold 77 Unzen Silber.

Das Bewertungsmass kann man bis ins alte Ägypten zurückverfolgen. Seit damals hat sich Gold sukzessive verteuert: Rund 3000 v. Chr. betrug das Gold-Silber-Preisverhältnis drei zu eins. Im mittelalterlichen Europa wie auch in der frühen Neuzeit stieg es auf zwölf zu eins.



SUSANNE TORENS
Redaktorin
zum Thema
Edelmetalle

Ein saisonales Muster spricht dafür, dass Gold sich Anfang 2023 relativ zu Silber weiter aufwerten wird. Die angespannte Liquiditätssituation zu Jahresende zwingt manche Goldbesitzer zum Verkauf oder zur Beleihung des Bestands, was preisbelastend ist. Nach dem Jahresende werden diese Goldbestände wiederum sukzessive zugekauft.

Positiv für Gold ist auch das Verhalten der Notenbanken. Global haben sie in den ersten neun Monaten 2022 ihre Goldreserven um rund 700 Tonnen aufgebaut. Das ist der grösste Zukauf durch die Währungshüter seit dem Jahr 1967 (vgl. Seite 17).

Bislang haben die Käufe der Notenbanken den noch höheren Abfluss aus kotierten Fonds auf Gold (ETF) der vergangenen Monate jedoch nicht kompensiert. Diese Verkäufe von Privatinvestoren werden sich 2023 wohl fortsetzen, denn es gibt zunehmend attraktive Anlagealternativen – Gold wirft ja weder Zins noch Dividende ab.

Das spricht auch 2023 für eine Abweichung vom Langfristrend beim Gold-Silber-Verhältnis zugunsten von Silber: Dieses ist viel konjunktursensitiver. Wenn sich die derzeit düsteren Aussichten für die Weltwirtschaft auch nur leicht verbessern, sollte der Silberpreis profitieren.

Wenn die EU und das Volk nur wollten

Eine Studie hält Stromversorgungssicherheit und Klimaneutralität für möglich. Aber es gibt grosse Fragezeichen. **ARNO SCHMOCKER**

Eine Strommangellage in diesem Winter ist mittlerweile wenig wahrscheinlich. Die Speicher sind gut gefüllt, und der Bund hat für teure Reservekapazität gesorgt. Aber will die Schweiz die Stromversorgung langfristig sichern, braucht es Lösungen ganz anderer Dimensionen.

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) hat in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Prüfungsanstalt (Empa) eine voluminöse Studie zur «Energiezukunft 2050» ausgearbeitet. Die nicht als ideologisch bekannte Empa hat als wissenschaftlicher Partner Modellrechnungen durchgespielt für Lösungen mit «möglichst geringen Kosten für die Volkswirtschaft». Übergeordnetes Ziel: eine sichere und klimaneutrale Energie- und Stromversorgung.

Die verbleibenden 27 Jahre sind eine beschränkte Zeit für ein derart ambitioniertes Vorhaben, das einen gewaltigen Umbau des Systems vorsieht. Der in Hast beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie – einzig die Schweiz und Deutschland haben einen solchen Entscheid getroffen, viele Länder hingegen bauen aus – hat das Land unter Zugzwang gesetzt, erneuerbare Energien auf Teufel komm raus zu forcieren.

Unbestritten ist: Nun gibt es eine enorme Stromlücke zu füllen. Während das Stimmvolk im Mai 2017 mit 58% eine Vorlage angenommen hat, die einen sinkenden Verbrauch verhies, klingt es heute ganz anders. Gemäss VSE/Empa wird der Strombedarf bis 2050 als Folge der Dekarbonisierung rund ein Drittel zunehmen –

obschon der Basisverbrauch sinkt, Zuwanderung und Digitalisierung eingerechnet.

Zudem fällt durch die Stilllegung der noch vier in Betrieb stehenden Kernkraftwerke ein Drittel der heutigen Produktion weg. Das ergibt eine Lücke von 37 bis 47 Terawattstunden, erschreckend viel im Vergleich mit der heutigen Gesamtnach-

«Die Produktionslücke von 37 bis 47 Terawattstunden ist erschreckend gross im Vergleich zur heutigen Stromnachfrage.»

frage von 65 Terawattstunden. Besonders ausgeprägt steigt der Bedarf an zusätzlicher Produktion zwischen 2030 und 2040.

Die Lücke, das ist kein Novum, soll vor allem mit Photovoltaik, sei es auf Dächern oder auf alpinen Freiflächen, Windkraft und ab 2040 mit der neuen Technologie Wasserstoff gedeckt werden. Die Kernkraft wird in der Studie als marginale Zukunftsoption behandelt: Ein Neubau mit verfügbarer Technologie wird ausgeschlossen. Immerhin soll die Laufzeit von Beznau I und II, Leibstadt und Gösgen auf sechzig Jahre verlängert werden.

Die neueste AKW-Technologie, Small Modular Reactors (SMR), wird als Eventualität in Betracht gezogen, doch sei der Bau eines SMR bis mindestens 2045 «eine

theoretische Diskussion», hiess es vonseiten der Studienverantwortlichen. Eine Verlängerung der Laufzeit von Beznau & Co. auf achtzig Jahre würde die heikle Übergangsphase 2040 bis 2045 einigermaßen überbrücken.

Die mit der Hilfe der Universität St. Gallen «mehrmals durchgerechneten» Systemkosten nach einem Umbau werden aus Gesamtsicht niedriger als mit dem bisherigen System eingestuft, weil 7 Mrd. Fr. Importaufwand für fossile Brennstoffe und Treibstoffe wegfällt. Der Umbau kostet 100 Mrd. Fr., und das erst noch ohne den Um- und Ausbau für eine dezentrale Stromverteilung einzubeziehen. Auch die Frage der Netzstabilität bleibt noch zu klären. Einen Bericht dazu gibt es erst nächsten Sommer.

«Alles ist möglich, nix is fix», sang der Österreicher Rainard Fendrich vor drei Jahrzehnten. Das gilt ebenso für eine Energiestrategie. Mit der aktuell trotz munter fliessenden Subventionen langsamen Zubaugeschwindigkeit – zu wenig Solarkraft, nahezu keine zusätzliche Windenergie – ist die aufgegleiste Energiewende nicht zu schaffen. Bis 2050 müssten 1,3 Terawattstunden zugebaut werden, Jahr für Jahr. «Gigantisch», meinte VSE-Direktor Michael Frank dazu.

Das Problem aller Szenarien: Die gewisse mit viel Akribie erstellten Modellrechnungen sowie letztlich der Erfolg der Energiestrategie hängen von zwei exogenen Treibern ab – dem Verhältnis zur EU und der gesellschaftlich-politischen Akzeptanz.

Mit einer raschen Integration in die EU durch ein neues Strommarktabkommen und damit einem Umtausch von Energieträgern und Strom in grossem Umfang ist nicht zu rechnen. Die Importabhängigkeit der Schweiz von Strom im Winter steigt in allen Szenarios der Studie und erreicht ausgerechnet um 2040 den Höhepunkt, wenn es zu einem Technologiewechsel kommt. Werden die Nachbarstaaten überhaupt willens und bei Bedarf in der Lage sein, genug Strom zu liefern?

Zudem kann gemäss bisheriger Erfahrung nicht vorausgesehen werden, inwieweit die Bevölkerung und/oder Inter-

«Die Abhängigkeit von Importstrom ist ausgerechnet dann am höchsten, wenn es zu einem Technologiewechsel kommt.»

sengruppen den Ausbau der Erneuerbaren mittragen. Blockaden aller Art, auch mentale, müssten aufgegeben werden. Für das «ideale» PhotovoltaikszENARIO müssten bis 2050 etwa 85% der geeigneten Dachflächen mit Solarzellen bedeckt werden. Und in den Alpen bräuchte es 280 Anlagen wie Gondo-Solar oder viermal die Fläche von Genglios – keine Augenweide. Wer aber solches ablehnt und auch keine AKW will, möge wieder in einer Höhle leben.

FINANZ und WIRTSCHAFT invest



Das neueste Angebot ist ein pfandbesichertes Anlageprodukt auf den **FuW Swiss 50 Index**, der im Gegensatz zum SMI keine Klumpenrisiken und mehr Aktien hat. **Valorennummer: 117 179 182**



Investieren Sie in das **FuW-Eco-Portfolio**. Wir sind überzeugt, dass auserlesene Unternehmen, die eine CO₂-Reduktionsstrategie verfolgen, an der Börse besser abschneiden als andere. **Valorennummer: 56 238 777**



Auch das **FuW-Risk-Portfolio** gibt es als Zertifikat. Unser Portfolio setzt seit 25 Jahren erfolgreich auf Schweizer Aktien mit dem gewissen Kick. Hier geht es unter anderem darum, von Spezialsituationen zu profitieren. **Valorennummer: 37 270 457**



Abgerundet wird unser Angebot vom **FuW-Value-Portfolio**. In der seit über zehn Jahren geführten Auswahl stehen reizvolle Value-Aktien mit Fokus Nordamerika und Europa. **Valorennummer: 37 270 456**